



Entspannte Runde in der Uhlberghalle: Moderator Dieter Pahlke, Rainer Arnold, Nils Schmid und Peer Steinbrück

Foto: Thomas Krämer

Steinbrück: Das kann tödlich sein

Bonlanden Der Ex-Minister spricht bei einer SPD-Veranstaltung in der Uhlberghalle über die Eurokrise. Von Thomas Krämer

Eurokrise. Man sollte meinen, mit diesem Dauerthema keinen Bürger mehr aus dem Haus locken zu können. Doch die Ausführungen von Peer Steinbrück wollten am Freitagabend immerhin rund 280 Gäste in der Uhlberghalle in Bonlanden hören. Trotz Fußball. Trotz sommerlicher Temperaturen. Und dem Applaus nach zu urteilen fühlten sich die Besucher vom ehemaligen Finanzminister gut informiert, zumindest aber gut unterhalten. „Wir wussten bei der Planung dieses Abends vor acht Monaten nicht, wie aktuell dieses Thema gerade ist“, sagte der Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold bei der Begrüßung. In der Tat hatten die vergangenen Monate die Finanzkrise erneut verschärft und am Donnerstag die Einigung von Regierung und Opposition beim Fiskalpaket gebracht.

Für Steinbrück ist dabei ein Erfolg, dass in diese Vereinbarung die Finanztransak-

tionssteuer eingeflossen ist und „die zahlen müssen, die die Krise verursacht haben“. Mit dieser Steuer, die nach seinen Worten allein in Deutschland zwischen zehn und elf Milliarden Euro bringen wird, will der potenzielle SPD-Kanzlerkandidat Wachstumsimpulse setzen „und damit Europa stabilisieren“. Sparen allein helfe nach Ansicht Steinbrücks nicht, eine zu scharfe Dosis an Konsolidierung könne für ein Land sogar „tödlich sein“, betonte er.

Der SPD-Politiker warnte vor den Folgen eines Endes der Eurozone auch für Deutschland und sprach sich vehement für Solidarität mit Griechenland und Spanien aus, forderte aber auch Gegenleistungen. So müssten Eingriffe in die staatliche Souveränität zugelassen werden. Ohnehin stehe man in Europa am Scheideweg. „Die Frage ist, ob wir wieder in einen losen Staatenverbund zurückfallen oder den Weg der Integration weitergehen“, so Steinbrück,

der in diesem Fall davon ausgeht, dass souveräne Rechte an europäische Institutionen abgegeben werden müssten. „Dann gäbe es zum ersten Mal in der deutschen Geschichte eine Volksbefragung“, sagte der Bundestagsabgeordnete, der seine Rede mit einem Plädoyer für die Politiker und das Parteiensystem abschloss und die Menschen dazu aufrief, sich einzumischen.

Zur vom SWR-Redakteur Dieter Pahlke moderierten anschließenden Diskussionsrunde gesellte sich dann auch der baden-württembergische Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid. Und der wollte noch keine Zusage geben, ob die Länder am nächsten Freitag dem Fiskalpaket zustimmen werden. „Wir brauchen keine weiteren Vorgaben von der Bundesregierung, wir bekommen den bis 2020 geplanten Schuldenschnitt im Land hin“, so Schmid. Da die Personalkosten 40 Prozent des Landeshaushalts ausmachten, müsste in diesem Bereich gespart werden, nicht aber bei der Technologieförderung und der Bildung. Lehrerstellen sollen allerdings angesichts sinkender Schülerzahlen von 2016 an verstärkt gekürzt werden.